Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 158. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 9. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

Schmelz alles, was sich trennt, zusammen
Und baue deinen Tempel aus;
Laß leuchten deine heil'gen Flammen
Durch deines Vaters ganzes Haus.

Die Totalität des Evangeliums.

Ich weiß, wenn ich zu euch komme, daß ich mit vollem Segen des Evangeliums Christi kommen werde.
Röm. 15, 29.

Es ist, als hörte man das Rauschen von Adlersflügeln in dem Wort des Apostels, das von dem vollen Segen des Evangeliums spricht. Diese Adlersflügel einer großen, ganz von Gotteskraft, ganz von der Weite der Ewigkeit erfüllten Botschaft tragen Paulus, den Mann mit einer schwachen Leiblichkeit, über die Meere hin nach Rom, ja bis an die Enden der damals bekannten Erde. Denn wenn er von seiner Absicht, nach Spanien zu reisen spricht, so ist damit eine Entfernung genannt, die für die damalige Zeit weiter war, als wenn heute jemand Australien als Ziel seiner Reise angibt. Aber die Adlersflügel des Evangeliums sind wie in beständiger, starker Bewegung; darum kann der Mann Paulus nicht anders, er muß sich von ihnen forttragen lassen in jede Tiefe und in jede Weite.

Daß das Evangelium vor keiner Tiefe zurückscheut, daß es jede Weite umspannt, das macht seine einzigartige Totalität (das ganze Sein des Menschen umfassende Art) aus. In die Tiefe der menschlichen Sünde dringt es mit Gericht und Gnade hinein. Ganz gleich, ob diese Tiefe in der jüdischen Sünde der Selbstüberhebung, oder in der heidnischen, mit dem Schlamm der unreinen Begierden, besteht. Vor dem Evangelium des Kreuzes ist hier kein Unterschied. Das eine ist ebenso finster wie das andere, und vor dem Evangelium ist keiner ohne Schuld, auch nicht einer. Und wer dem Bewußtsein der Schuld ausweichen wollte, der würde das Evangelium verlieren. Aber auch keine Schuld ist denkbar, wirklich keine, die durch das Evangelium nicht Vergebung fände. Das ist die eine Seite der Totalität des Evangeliums.

Und die andere ist die Weite: denn vor dem Evangelium zerfallen die verschiedenen Fronten, in denen wir Menschen uns gegeneinanderstellen. Hier gibt's wirklich nur eine einzige Front. Wer vom Evangelium ergriffen ist, kann weder einen persönlichen Feind noch einen politischen von dieser Totalität ausschließen, mit der das Evangelium alle Menschen umfaßt. Es wurde den Juden damals ungeheuer schwer, die Heiden ohne weiteres in diese Totalität einzuschließen. Fast noch schwerer, als es heute vielen heidnischer Abstammung wird, den Juden in die Totalität des Evangeliums einzuschließen. Aber wer es wagen wollte, hier etwas abzustreichen, der beginge dieselbe Torheit wie etwa ein kindisch gewordener Bauer, der den Sonnenschein nur für seinen eigenen Acker haben wollte.

Was bedeutet jede andere Totalität gegenüber der Totalität des Evangeliums? Mag der Staat die Totalität des äußeren Lebens beanspruchen, hier wird der Christ willig, das „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist", ausführen. Alle die Forderungen, die der Staat an seine Bürger stellen kann, die Forderungen des Gehorsams, der Zucht, der Ordnung, des Eintretens für Gerechtigkeit sind ja für den, welcher von der Totalität des Evangeliums ergriffen ist, gar leicht zu erfüllen. Denn die Erziehung zur Gerechtigkeit, die durch das Evangelium geschieht (Tit. 2, 11, 12), geht in das feinste Getriebe unserer Gedanken hinein, während der Staat — auch der totale — nur unsre äußeren Handlungen durch sein Gesetz bestimmen kann. Daß freilich aus der Totalität des Evangeliums heraus entschlossen die Wahrheit gesagt werden müßte, sobald ein Staat Forderungen stellen würde, die gegen die Gerechtigkeit und Wahrheit gehen, ist ebenso selbstverständlich.

Und das ist nun noch besonders herrlich: Um in der Totalität des Evangeliums zu stehen, von den Adlersflügeln sich tragen zu lassen, dazu bedarf es keiner hohen Stellung, sei es in der Kirche oder im Staat. Hier hat der Geringste dasselbe Recht wie der Höchste. Was wird es aber sein, wenn nicht nur in ein oder zweien, wenn in vielen diese Totalität durchbricht! Dann gibt es erst in Wahrheit einen neuen Frühling für Kirche und Volk!

W . . m.

Was vorgeht.

Zwei Vorgänge der letzten Tage sind es, die für die Beurteilung der zukünftigen Gestaltung und Entwicklung des deutschen Volksstaates sehr zu beachten sind. Es ist erstens der Verlauf der Weltwirtschaftkonferenz in London, und dann die Bekanntgabe des vorläufigen Resultates der letzten Volkszählung in Deutschland. Diese beiden Dinge haben insofern viel miteinander zu tun, als das Volkszählungsresultat den für den Staat u. das Volk verantwortlichen Instanzen die ernste Pflicht auferlegt, für die 66 Millionen deutscher Menschen, die auf einem durch das Versailler Diktat schwer beschnittenen Raume wohnen müssen, Existenz und Ernährungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Weltwirtschaftskonferenz in London unterscheidet sich kaum von den vielen derartigen Konferenzen, die in den vergangenen Jahrzehnten abgehalten worden sind. Für die Leute, die von den einzelnen Staaten als ihre Sachverständigen dorthin gesandt wurden, war der Hauptgesichtspunkt immer der, wie dafür gesorgt werden könne, daß man selbst oder das eigene Land das beste Geschäft mache und wie die anderen am sichersten vom Geschäft ausgeschlossen blieben. Wenn es sich dabei um industrielle Produkte handelt, um Waren, deren Qualitätsherstellung und deren Umsatz einen besonderen Aufwand menschlicher Geschicklichkeit und Intelligenz erfordert, hat vielleicht das Feilschen ums Geschäft eine gewisse Berechtigung. Dagegen müßten bei der Frage, wie die für die menschliche Ernährung notwendigen Produkte verteilt werden sollen, andere Gesichtspunkte als die des Handelsgeschäftes maßgebend sein. Eine Weltwirtschaftsordnung, bei der in einem Staate eine Ueberfülle an Getreide und sonstigen Nahrungsmitteln wächst und auf Absatz wartet, und das Volk des Nachbarstaates muß verhungern, weil sein Staat nicht die nötigen Devisen zur Bezahlung des Getreides hat, in anderer Weise aber genug Gegenleistungen bieten könnte, ist keine Ordnung, sondern ein Beweis, daß immer noch mit wenig Vernunft gewirtschaftet und regiert wird.

Wenn in London jetzt auf der Basis der bisherigen Formen des Weltverkehrs in Waren und Geld keine Einigung zwischen den Staaten herbeigeführt werden konnte, dann wird es sich sicher für Amerika als dem Hauptgläubiger fast aller Staaten und als dem Haupterzeuger von Getreide auch in der Hauptsache darum gehandelt haben, wie es die überschüssigen Getreidemengen auf dem Weltmarkt absetzen kann. Da aber in allen anderen Großstaaten, England eingeschlossen, die Erkenntnis lebendig geworden ist, daß der eigene Bauernstand die gesündeste und beste Grundlage für den Staat und seine Wirtschaft ist, und daher Sorge getragen werden muß, daß dieser eigene Bauernstand feste Existenzmöglichkeiten gewinnt, so ist es vielleicht das beste und praktischste Ergebnis der Londoner Konferenz, wenn die Teilnehmer aus den einzelnen Ländern mit der Erkenntnis heimgehen, daß es in der Gegenwart für jeden Staat am besten ist, wenn er sich gründlich überlegt, wie er sich am sichersten selbst zu helfen vermag. Nach unserer Meinung hat die Erklärung, die der amerikanische Präsident Roosevelt in London abgeben ließ, auch diesen Sinn. Sie lautet in ihren Hauptsätzen:

„Die neue Bewertung des Dollars in Relationen zu den amerikanischen Waren ist ein Ziel, von dem die Regierung und das Volk Amerikas nicht abgelöst werden können. Der Wert des Dollars in Beziehung zu ausländischen Währungen kann für uns nicht von unmittelbarem Interesse sein. Der Kurswert des Dollars wird letzten Endes davon abhängen, wie weit die anderen Nationen bei der Preisgebung für ihre eigenen Waren in Relation zu ihrer Währung erfolgreich sind, und kann nicht festgelegt werden, bevor wir hiervon Kenntnis haben."

Soweit wie wir den Sinn dieser Erklärung verstehen, soll es vorab Amerikas Sorge sein, das amerikanische Zahlungsmittel, den Dollar, so zu bewerten, daß der amerikanische Bauer seine Landesprodukte und der amerikanische Industrieunternehmer seine Erzeugnisse der Industrie damit in einer Weise bezahlt bekommen kann, daß sich seine Arbeit unter allen Umständen lohnt. Damit beschreitet Amerika einen Weg, der den deutschen Regierungen seit langem von vielen nachdenklichen Leuten gezeigt worden ist, der aber dort nicht beachtet wurde, und der vor gar nicht langer Zeit noch von dem Reichsbankpräsidenten Luther in die Rubrik der phantastischen Vorschläge eingereiht war, die der Regierung in tausendfacher Weise zugingen. Es ist vielleicht das Größte und Erfreulichste an der neuzeitlichen Entwicklung, daß nun nach der sinnlosen Verwirrung und Ratlosigkeit, die im Lager der Wirtschaftsmenschen und der Geschäftswelt entstanden sind, die Leiter der Staaten immer mehr auf den Gedanken hingelenkt werden, daß wenigstens für einen größeren Staat gerade in der Regulierung der eigenen Wirtschaft Momente nationalpolitischer Stärkung liegen, deren Beachtung sich besser lohnt als ein Krieg um den Weltmarkt. Tatsächlich bekommt auch die internationale Währungsfrage durch die Hinweise Roosevelts einen vernünftigeren Sinn als bisher, wo der ganze Waren- und Geldverkehr zwischen den verschiedenen Staaten doch, sehr stark den Geruch des Spekulanten- und Schiebertums hatte. Der gewöhnliche Mann aus dem Volk, der auf diesem Gebiet internationaler Finanzpolitik immer Laie bleibt, wird darin, daß ein Finanzmann wie Morgan die Möglichkeit hat, in Gold in seinen Banktresors oder auch nur buchmäßig in seiner Hand liegende Millionen oder auch Milliarden zu benutzen, um damit die Wirtschaftskonjunktur in spekulativer Weise zu beeinflussen, ein Verbrechen sehen. Wenn es daher durch das Verhalten Roosevelts und durch die Wirtschaftspolitik, die Deutschland unter der politischen Leitung Adolf Hitlers anfängt zu betreiben, gelingt, jenen unheimlichen Mächten der Börse das Rückgrat zu brechen, dann bedeutete das immer einen wirklichen und segensreichen Fortschritt in der Menschheitsgeschichte. Wenn Roosevelt erklärt „er stehe auf dem Standpunkt, daß eine Rückkehr zum Goldstandard das endgültige Ziel Amerikas sein könnte, die vordringlichste Aufgabe aber sei, die Preise wieder auf einen Stand zu bringen, auf dem die Industrie und vor allem die Landwirtschaft mit Gewinn arbeiten könne", dann weist er damit hin auf neue zukünftige Handhabung des Warenaustausches zwischen den einzelnen Nationen, die sich vielleicht in einer Form vollziehen kann, bei der manche häßliche Reibungen vermieden werden, die sich bisher so schrecklich auswirkten. Es ist ganz klar, daß, wenn die größeren Staaten alles getan haben, was in ihren Kräften steht, die im eigenen Lande vorhandenen Produktionsmittel landwirtschaftlicher und industrieller Art auszunutzen für die Existenzsicherheit ihrer Staatsbürger, wieder ein größerer Austausch erwünschter Waren in Gang kommen wird. Kein Staat, der sein Volk an den Fortschritten der Zivilisation teilnehmen lassen will, kann ganz auf den Handel mit anderen Staaten verzichten. Einer tüchtigen Staatsführung sollte es doch gelingen, die vervollkommnete Wirtschaftstechnik in solche Bahnen zu leiten, daß ihre Ausnutzung der Menschheit nicht zum Fluch wird, sondern ihr Segen und Freude bringt.

Wenn wir oben das Resultat der Volkszählung als eine beachtenswerte Erscheinung bezeichneten, dann dachten wir daran, daß diese erfreuliche Tatsache der deutschen Regierung ein neuer Ansporn sein müsse, ihre nationale Politik, soweit sie das Wirtschaftsgebiet betrifft, in dem jetzt begonnenen Sinne weiter zu führen. Wir nehmen an, daß die Leser den Artikel von Dr. A. in der Nr. 156 vom Freitag „Der erste Ständestaat, seine Verwirklichung in Sachsen", mit Interesse und Freude gelesen haben. Dort in Sachsen scheint nun ein ernstlicher Anfang gemacht zu werden mit der Durchführung von Wirtschaftsideen, wie sie seit Jahr und Tag hier im Aufwärts mit großer Zähigkeit vertreten wurden, auch wenn diese Ideen manchmal von Fachleuten der alten Wirtschaft als undurchführbare und unmögliche Phantasiegebilde angesehen wurden. Und wenn man nun in Sachsen ganz schrittweise vorgeht und nicht glaubt, die sechs Millionen Arbeitsloser in wenigen Wochen wieder einspannen zu können in den Arbeits- und Produktionsprozeß, dann ist damit eine um so sicherere Gewähr gegeben für die endliche Durchführung dessen, was sich der Reichskanzler und seine Gesinnungs- und Kampfgenossen für die Belebung und Gesundung der deutschen Volkswirtschaft als Ziel gesetzt haben. Bedenkt man, daß die mehr als 66 Millionen einschließlich des Saargebietes, auf einem Raum leben müssen, dem Gebiete abgeschnitten sind, auf denen früher auch noch mehr als 2 Millionen Menschen wohnten, und die Einwohnerzahl ist trotz der 2 Millionen Kriegsopfer doch noch so hoch wie vor dem Kriege, dann bleibt für die Regierung die Pflicht, die Fragen der Ernährung des deutschen Volkes und der Hebung der deutschen Volkswirtschaft überhaupt in dem in Sachsen begonnenen und hier früher so oft besprochenen Sinne mit allem Eifer weiterzuführen. Wie man hört, hat der neue Landwirtschaftsminister den festen Willen, eine ganz intensive Siedlungspolitik zu treiben. Tüchtige Bauern, Besitzer von Höfen, die in der Hauptsache mit eigenen Kräften bewirtschaftet werden können, und fleißige Gärtner, die in intensiver Bodenbewirtschaftung reiche Erfahrung haben, sind der Meinung, daß diese Höfe, sowohl was die Viehwirtschaft wie die Getreidewirtschaft betrifft, dem Großbetrieb überlegen sind, und daß bei intensiver Bodenbewirtschaftung

411 Stadt. Bibliothek S 839

nicht nur die 66 Millionen deutscher Menschen vom eigenen deutschen Boden reichlich ernährt werden könnten, sondern daß der Staat auch noch keine Sorge wegen weiterer 20 Millionen zu haben brauchte. Es gibt in jedem Landesteil und bei jeder Bodenart Beispiele, wo der eine Besitzer, der — vielleicht als Frucht seiner größeren Tüchtigkeit — über mehr Betriebsmittel verfügend, das Doppelte aus seinem Boden erzielt als der mittellose, vielleicht auch weniger intelligente und fleißige Nachbar auf derselben Bodenart. Daran wird aber deutlich, welche Produktionsmöglichkeiten beständen, wenn der Bauer durchweg durch günstige Preise u. eine geordnete Absatzregelung mehr Betriebsmittel gewinnen könnte. Wenn jetzt das Reich eine Milliarde Mark schaffen kann für Arbeitsbeschaffung mehr industrieller Art, dann ist damit auch der Weg gezeigt, wie man sich helfen kann, wenn die deutsche Landwirtschaft, die Nahrungsquelle für das deutsche Volk, einer Neubelebung bedarf. Was jetzt geschieht in der Verbesserung der Verkehrs- und Verfrachtungsmöglichkeit durch den Bau neuer Straßen, dient auch alles dazu, den Betrieb des Bauernhofes rentabler zu machen, denn es kommt viel darauf an, wie schnell die Produkte des Landes auf den Markt und in die Hand des Verbrauchers geschafft werden können. Man kann nur wünschen und hoffen, daß sich die Regierung in ihren Maßnahmen, die sie jetzt für die Belebung der Wirtschaft ergriffen hat, nicht stören läßt. Da ist der Weg für sie, alle die Menschen, die aus politischen Gründen vorläufig aus dem Wirtschafts- und Erwerbsleben ausgeschaltet sind, wieder in geordnete Verhältnisse zu bringen and sie auszusöhnen mit dem Staat, der nun so ganz anders aussieht als der Staat, den sie als ihren Zukunftsstaat erhofften.

Mit den Parteien räumt der neue Staat doch nun ganz gründlich auf. Staatspartei, Christlicher Volksdienst, Bayerische Volkspartei, Deutschnationale Partei, Deutsche Volkspartei und Zentrum, sie alle gehen dazu über, ihre alten Organisationen aufzulösen und zu erklären, daß im neuen Staat kein Platz sei für diese alten Parteien. Für alte eingefleischte Parteimenschen wird es ja schmerzlich sein, wenn nun alle die Brücken und Beziehungen geistiger und materieller Art zerschlagen werden. Es zeigt sich aber bis jetzt schon und wird sich hoffentlich immer deutlicher zeigen, daß der neue Zustand der gesundere und bessere ist. Er wird um so besser sein, je schneller das ganze Volk einsieht, daß auch der Staat mit der einheitlichen und straffen Führung keine willen- und kraftlosen Massen hinter sich gebrauchen kann, sondern ein Volk haben will und haben muß, das in froher Mitarbeit den Staat zu dem macht, was er sein soll, zu einem schönen Vaterlande für alle, die freie deutsche Menschen sein wollen. Kr.

Genossenschaftliche Untreue

Die Revision im Berliner Beamtenbankprozeß verworfen.

Leipzig, 8. Juli.

Das Reichsgericht hat die von den vier Angeklagten im Berliner Beamtenbank-Prozeß eingelegten Rechtsmittel als unbegründet verworfen. Damit sind die von der Berliner Strafkammer im Juli v. J. gefällten Urteile rechtskräftig geworden.

Der frühere Direktor der zusammengebrochenen Bank, Alois Weber, erhielt seinerzeit wegen fortgesetzter genossenschaftlicher Untreue ein Jahr einen Monat Gefängnis, der Kaufmann Walther Treumann und der Makler Egon von Buchwald wurden wegen fortgesetzten Betruges zu sieben bzw. neun Monaten Gefängnis verurteilt, und der ungarische Kunstmaler Jacques Kende bekam wegen Beihilfe zum Betrug zwei Monate Gefängnis.

Weber hatte insbesondere, ohne sachkundig zu sein, umfangreiche Lombardgeschäfte mit Gemälden getätigt, die sich später als minderwertig herausstellten. Seine Mitangeklagten hatten ihn unter betrügerischen Vorspiegelungen zur Lombardierung dieser Gemälde veranlaßt. Der Zusammenbruch der Bank hat einen Gesamtverlust von 9 Millionen Mark zur Folge gehabt, der zum großen Teil von kleinen Sparern, rund 30 000 mittleren und unteren Beamten, getragen werden mußte.

Staat und Wirtschaft

Hitlers Parole: Autorität durch Arbeitsbeschaffung

Berlin, 8. Juli.

Auf der Konferenz der Reichsstatthalter machte Reichskanzler Adolf Hitler grundlegende Ausführungen über die Einstellung der nationalsozialistischen Staatspolitik zur Wirtschaft. Der Reichskanzler ging davon aus, daß die politischen Parteien jetzt endgültig beseitigt seien. Dies sei ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielfach noch gar nicht bewußt geworden wäre. Wir müssen jetzt

die letzten Ueberreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse,

wie sie heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit überall zur Geltung bringen.

Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen. Man müsse sich davor hüten, rein formale Entscheidungen von heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Lösung erwarten. Die Menschen vermögen leicht die äußere Form in ihre eigene geistige Ausprägung umzubiegen. Man dürfe erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung hat.

Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste.

Der heutige Zustand muß verbessert und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsauffassung erzogen werden. Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist; zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht! In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein. Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. Man soll aber nicht herumsuchen, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position um Position zu sichern, um sie zu halten und allmählich mustergültig zu besetzen.

Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. Durch theoretische Gleichschaltungen schaffen wir keinem Arbeiter Brot.

Die Geschichte aber wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen.

Wir haben heute absolut die Macht, uns überall durchzusetzen. Aber wir müssen die abgesetzten Menschen auch durch bessere ersetzen können. Der Wirtschaftler muß in erster Reihe nach seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten beurteilt werden, und wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten. Mit Wirtschaftskommissionen, Organisationen, Konstruktionen und Theorien werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen, sondern auf das tägliche Brot für 5 Millionen Menschen an.

Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, den man nicht mit einem Schlage verwandeln kann. Die Wirtschaft baut sich nach primitiven Gesetzen auf, die in der menschlichen Natur verankert sind.

Die geistigen Bazillenträger, die jetzt in die Wirtschaft einzudringen suchen, bringen Staat und Volk in Gefahr. Man darf nicht die praktische Erfahrung ablehnen, weil sie gegen eine bestimmte Idee ist. Wenn wir mit Reformen vor die Nation hintreten, müssen wir auch beweisen, daß wir die Dinge verstehen und sie meistern können.

Unsere Aufgabe heißt Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit! Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten.

Unser Programm ist nicht geschaffen, um schöne Gesten zu machen, sondern um dem deutschen Volk das Leben zu erhalten. Die Ideen des Programms **verpflichten** uns nicht, wie Narren zu handeln und alles **umzustürzen**, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen. Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns **gelingt, sie wirtschaftlich** zu untermauern.

Die Reichsstatthalter hätten dafür zu sorgen und seien dem Reichskanzler dafür verantwortlich, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßten, Personen absetzten und Aemter besetzten, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig wäre. Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt. Es muß verhindert werden, daß das Schwergewicht des deutschen Lebens wieder in einzelne Gebiete oder gar Organisationen verlagert wird. Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiet des Reiches, sondern nur aus dem deutschen Volksbegriff.

Das Erbfolgerecht in Preußen

Erste Ausführungsverordnung. — Bildung eines Erbhofrats beim Justizministerium.

Berlin, 8. Juli.

Zu dem Gesetz über das bäuerliche Erbhofrecht ist jetzt eine Ausführungsverordnung ergangen. Sie erläutert in ausführlicher Darstellung, wie das neue bäuerliche Erbhofrecht in der Praxis durchgeführt werden soll. Im einzelnen ist hervorzuheben, daß beim Justizministerium ein Erbhofrat gebildet wird. Jeder Bauer kann beantragen, daß für seinen Erbhof ein Erbhofbuch angelegt wird. Die Eintragung in die Erbhöferolle kann auch ehrenhalber erfolgen, wenn der Eigentümer oder einer seiner Vorfahren sich in führender Stellung um Volk und Land hervorragend verdient gemacht hat. Zur Landwirtschaft im Sinne des bäuerlichen Erbhofrechtes werden auch Weinbau- und Gartenbau sowie ähnliche Betriebe gezählt, deren eigene Erzeugung zur Beschäftigung und zum Unterhalt einer Familie ausreicht.

In den einzelnen Bestimmungen wird u. a. zum Ausdruck gebracht, daß ein zum Anerben Berufener, der mit einer Person jüdischer oder farbiger Herkunft die Ehe schließt, sich damit selbst von der Folge in den Erbhof ausschließt. Sogenannte Pachthöfe sind von der Eintragung in die Erbhöferolle ausgeschlossen.

Die Versorgung der weichenden Erben.

Die Versorgung der weichenden Erben fällt dem Anerben zur Last, der den angefallenen Hof übernommen hat. Das Recht auf Unterhalt, Berufsbildung und Heimatzuflucht für die weichenden Erben besteht nur in den Fällen, in denen der Erbfall nach dem 1. Juni 1933 eingetreten und in dem die Erbregelung auf Grund des bäuerlichen Erbhofrechts erfolgt ist. Bei Pächtern gehört zu der Ausstattung, die das Gesetz vorsieht, die Aussteuer. Bei Söhnen kann insbesondere die Gewährung der Mittel zum Erwerb einer Siedlerstelle in Frage kommen, notfalls unter maßvoller Belastung des Hofes. Die Bestimmungen des bäuerlichen Erbhofrechtes finden auf Familien-Fideikommisse, Erbstammgüter, Lehen und Hausvermögen bis zu deren Auflösung keine Anwendung.

Der Verkauf des Hofes ist nur mit Genehmigung des Anerbengerichts möglich. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn die Veräußerung zu Gunsten von Siedlungszwecken von Staat und Reich erfolgt. Heide und Oedland können ohne Genehmigung zur Siedlung an Söhne oder andere Befähigte abgegeben werden.

Blut und Boden

Reichsernährungsminister Darré über das Erbhofrecht.

Reichsernährungsminister Darré äußerte sich anläßlich eines Presseempfanges über das Erbhofrecht in Preußen und betonte, er bejahe das Erbhofrecht nicht nur intellektuell, sondern er bekenne sich aus grundsätzlicher weltanschaulicher Auffassung zu diesem Gesetz. Der Minister legte dann ausführlich dar, wie schon in der germanischen Frühgeschichte, aber auch in der späteren nordgermanischen Geschichte und in der englischen Praxis noch jüngerer Zeit das Erbhofwesen eine hervorragende Bedeutung gehabt habe.

Es gebe keine deutsche Zukunft, wenn es unserem Geschlecht nicht gelinge, die Nomadisierung unseres Grund und Bodens, die der Liberalismus des 19. Jahrhunderts einleitete, zu überwinden, und wenn wir nicht verhindern könnten, daß der Boden weiterhin Ware bleibe. Vielmehr müßten wir gesetzlich den Boden wieder stabilisieren und mit dem Blut verbinden.

Unsere Zeit und unser Wald.

Die Ferienzeit steht vor der Tür und die Frage: „Wohin sollen wir reisen?" mag wohl in diesem Sommer manchem Familienvater ein böses Kopfzerbrechen gemacht haben.

Nun ist es nicht so, wie man es jetzt oft hören kann, daß wir in einer Zeit der Umwertung aller Dinge leben. Nein, der Wert, der jedem Ding und jedem Wesen naturgemäß gottgegeben eigen ist, bleibt immer derselbe. Unsere Zeit fordert nur ein anderes Denken von uns als das letzte Jahrzehnt. Der Alltag soll wieder ein Werktag und der Sonntag ein Feiertag werden; die Arbeit ein Wirken und ein Segen, Essen und Trinken eine Nahrungsaufnahme und kein Schmausen und Saufen, der Staat wieder eine Volksgemeinschaft, die Heimat ein Vaterland. Und die Rast von der Arbeit, die Erholung, ein innerstes Erquicken.

Das ist nicht zuletzt das Erfreuende an unseren Tagen, daß es wieder laut in das Volk hinausgerufen wird, was die Klugen unter uns immer gewußt haben, daß das Leben auch unten schön ist. Seine reichsten Freuden gibt es uns umsonst, die minderwertigen nur müssen bezahlt werden. Und oft sind es gerade die wertlosesten, die das meiste Geld kosten. „Daß ich 60 Jahre alt werden mußte und nicht wußte, wie schön der deutsche Wald ist!" sagte mir einmal ein alter Aufwärtsleser, der Holland, Frankreich, England, Schottland, Irland und Amerika gesehen hat. Und was mag da wohl jetzt auf der Hermannsheide oder in der Staumühle für manchen jungen, den verstaubten und verrußten Mauern der Großstadt entflohenen Menschen für ein Aufatmen sein, wenn er an seinen freien Sonntagnachmittagen eine Wanderung durch die stille Senne oder in die alten Osningwälder macht! Vielleicht ein eindrucksvolleres und nachhaltigeres Erlebnis als für manchen anderen, der die Not und ihren Segen noch nicht recht kennt, auch in diesem Jahr noch die gewohnte Sommerreise mit ihren alltäglichen Vergnügungen und Zerstreuungen ist.

Auch unten ist das Leben schön. Das Leben und die Welt.

Von der deutschen Heimat wollen wir heute reden. Von einer ihrer Schönheiten und einer ihrer Freuden, die immer wieder neu entdeckt werden wollen. Von dem deutschen Wald.

Wie schön ist doch der, wenn der Frühling kommt! Wenn weich wie die streichelnde Hand einer Mutter, die ihr schlafendes Kind weckt, der Wind über die Erde geht, und wenn dann aus den glänzenden Knospen an Baum und Strauch das junge Leben bricht, das immer wiederkehrende Wunder des dritten Schöpfungstages! Wenn sich die schlanken Birken in ihren schimmernden Schleier hüllen, wenn die breiten Buchen ihr lichtes Gewand überstreifen! Wenn alles, was winterlang geschlummert hat in Starre und Dunkel, sich zitternd in das quellende Licht in die hallende Freude drängt! Was weckt doch der Lenz für ein fröhliches Leben, bergan und bergauf! Unten der springende Bach und oben die wogenden Wipfel! Und von unten bis oben eine einzige sangdurchhallte, lichtschimmernde Herrlichkeit, zu Feier und Andacht lockend.

Und dann, wenn der Sommer kommt! Wenn Amsel, Drossel, Fink und Star nur noch frühmorgens und abends ihre Lieder singen können, weil sie tagsüber für ihre Nachkommenschaft sorgen müssen! Draußen das heiße, flimmernde Land, knarrende Wagen auf den Wegen, klingende Sensen auf den Feldern. Und hier unter den hohen Bäumen in lichter, sonnengolddurchsprenkelter Dämmerung die kühle, verschwiegene Stille. Die Rast und das Träumen! Irgendwo in dem grünen Gewirr tropft eine heimliche Quelle, irgendwo hämmert ein Specht. Und fern grollt etwas. Leise, ganz leise. Es könnte das Raunen des Windes in den Bäumen sein. Aber der Wald weiß, daß es ein aufsteigendes Wetter ist. Und wie durch das Korn des Feldes bei dem ersten fernen Sensendengeln ein banges Rauschen geht, so geht es jetzt durch das leise Wehen und Wogen des Waldes wie ein Erschauern. Aber mag das Wetter kommen, wenn es nur kein Unheil wird! Birgt die schwarze Wolke den flammenden Blitz, birgt sie auch den segnenden Regen.

Schwül atmet der Tag. Ein scheuer Häher schnarrt, lautlos durch das blaue Dämmern streicht eine Libelle. Hoch und schweigend und glutumzittert steht der Wald, in Erwartung des Segens.

Und kommt nach dem heißen Sommer der bunte Herbst, dann gibt es wieder nichts Schöneres als die große Gottesoffenbarung des Waldes. Aber wer ihn da bewundern will, der bleibe ihm fern, der wandre an ihm entlang weit über das stille Land, wenn über der müden Welt eine freundliche Sonne steht. Nicht mehr sommerlich warm, aber rein, wie er nur in den Tagen des Oktobers sein kann, wenn ein klarer Tag eine kalte Nacht kündet, gleitet der Glanz des Himmels über die schwarzen Schollen frisch gepflügter Felder, über graue Heide und kahles Weideland. Ueber den Wald aber wirft er eine solche Buntheit der Farben, daß sich die Augen des Wandernden nicht satt trinken können an dem schimmernden Spiel. Wie leuchtet das rote Kleid der Buchen, wie flammt zwischen den dunklen Tannen die helle Lohe der gelben Eichen! Wer aber hineingehen will in das goldene Sterben, der

Der Tanz um das Gold

Die Londoner Konferenz praktisch tot — Amerika zieht sich von Europa zurück

Sensation in London. — Bonnets scharfer Angriff gegen den englischen Antrag.

— London, 7. Juli. Die Sensation des Tages war der scharfe Angriff des französischen Finanzministers Bonnet gegen den englischen Antrag im finanziellen Unterausschuß. Der Minister sprach seine Ueberraschung darüber aus, daß eine Erörterung wieder aufgenommen werde, die von dem Büro bereits als erledigt betrachtet worden war. Er sehe sich deshalb genötigt, nochmals vor der Oeffentlichkeit den französischen Standpunkt darzulegen. Frankreich halte an der Notwendigkeit eines Währungswaffenstillstandes fest, dem England früher auch zugestimmt habe, während jetzt der englische Schatzkanzler seine Meinung geändert zu haben scheine. In Frankreich und in anderen Ländern habe man die sauren Früchte der Inflation gekostet und wolle in dieses Risiko nicht wieder laufen.

Am Nachmittag wurde der rumänische Vorschlag, daß sich der Ausschuß auf die Behandlung der internationalen Verschuldung beschränken solle, von einer großen Anzahl europäischer Länder unterstützt, darunter Polen, Südslawien, Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei und Spanien. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirigent Berger, erklärte, daß Deutschland seine eigenen Erfahrungen mit der Währungsstabilität gemacht habe und daher der raschen Stabilisierung der Währung eine große Wichtigkeit beimesse. Deutschland sei jedenfalls der Ansicht, daß viele der dem Ausschuß vorliegenden Währungs- und Finanzprobleme nicht erfolgreich behandelt werden könnten, solange nicht die Frage der Währungsstabilisierung gelöst sei.

Der amerikanische Senator Couzens sagte in seiner Erwiderung auf die scharfe Erklärung des französischen Finanzministers, daß die amerikanische Stellungnahme mit großer Deutlichkeit in der Tagesordnung der Weltwirtschaftsfonferenz festgelegt sei, in der auch auf die 30 Millionen Arbeitslosen in der Welt hingewiesen wurde. Präsident Roosevelt versuche mit voller Zustimmung des amerikanischen Volkes eine Preishebung herbeizuführen und lasse sich von dieser Politik durch nichts abbringen.

Es stimmten gegen den englischen Vorschlag: Deutschland, Frankreich, Belgien, Bulgarien, China, Litauen, Holland, Polen, Schweiz, die Tschechoslowakei, die Türkei, Südafrika, Oesterreich. Rußland enthielt sich der Stimme. Unter den Ländern, die für die englische Entschließung stimmten, befanden sich Argentinien, Kanada und die anderen Dominien, Amerika, Portugal, Japan, sowie die meisten südamerikanischen und mittelamerikanischen Republiken, ferner Dänemark, Estland und Persien.

•

Los von Europa!

Wichtige Besprechungen Roosevelts. — Keine Teilnahme am Haager Schiedsgericht und am Waffenausfuhrverbot?

— Washington, 7. Juli. Präsident Roosevelt hatte mit seinen Hauptmitarbeitern eine ausführliche Besprechung über Fragen der Weltwirtschaftskonferenz und der Währung.

Nach einer Universal-Meldung soll Roosevelt entschieden haben, daß Amerika dem Haager Schiedsgericht nicht beitritt und an Abmachungen über ein Waffenausfuhrverbot nicht teilnimmt. Eine andere Politik würde im Widerspruch zu der neuen amerikanischen Politik der außenpolitischen Isolierung stehen. Führende Demokraten erklären dazu, die Londoner Konferenz habe endgültig bewiesen, daß Amerika von Europa keinerlei Mitarbeit zu erwarten habe. Der neue amerikanische Regierungskurs finde die volle Unterstützung beider Parteien in den Vereinigten Staaten.

Währungsausschuß tagt weiter

London, 8. Juli.

Im Währungsunterausschuß der Weltwirtschaftskonferenz wurde ein britischer Vorschlag, die Arbeit fortzusetzen, mit 25 gegen 15 Stimmen angenommen.

•

Neue Abänderungsanträge

zum englischen Entwurf für die Abrüstungskonvention.

Genf, 8. Juli.

Die deutsche Abrüstungsdelegation hat dem Völkerbundssekretariat zwei Abänderungsanträge zum englischen Konventionsentwurf überreicht. In diesen Anträgen schlägt die deutsche Delegation vor, in das Kapitel, das sich mit den Heeresstärken beschäftigt, folgenden neuen Artikel einzufügen:

Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich, die in weit entfernten Ueberseegebieten befindlichen Streitkräfte nur in diesen Gebieten zu verwenden und auch dort ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zu Verteidigungszwecken.

Der zweite Abänderungsantrag befaßt sich mit Artikel 15 des Kapitels über die Vereinheitlichung der Heeresformen und schlägt dessen Streichung vor. Die gleiche Forderung hat übrigens die russische Delegation erhoben. Artikel 15 bestimmt, daß diejenigen Truppen, deren Hauptzweck darin besteht, zur Verstärkung der Ueberseegarnisonen im Ueberseegebiete entsandt zu werden, von einer Vereinheitlichung ausgeschlossen bleiben.

Gleichzeitig ist beim Völkerbundssekretariat ein Abänderungsantrag der japanischen Delegation eingereicht worden, der ein höheres Kaliber der schweren Artillerie verlangt.

Für die Deutsche Reichskirche

Unterredung des Kanzlers mit dem Dekan von Chichester.

In einem Brief an die „Times" berichtet der Dekan von Chichester über seinen Besuch in Berlin. Der Dekan erklärt darin, Reichskanzler Adolf Hitler habe ihm nachdrücklichst versichert, daß es nicht seine Absicht sei, in die innere Tätigkeit der Kirchen einzugreifen. Er habe gesagt: Ich bin Katholik, mein Platz ist nicht in der evangelischen Kirche. Er wünsche die moralischen Kräfte zu stärken. **Er wünsche eine einzige Reichskirche und hoffe, daß diese möglichst bald in die Erscheinung trete und einen Reichsbischof wählen werde.** Er sei gezwungen gewesen, einzugreifen, weil er einen Notstand vorgefunden habe. Er hoffe, daß die Schwierigkeiten jetzt überwunden werden könnten und daß die neue, von den Kirchenführern ausgearbeitete Verfassung zu einer Vereinheitlichung der Kirche führen werde. Bei Verhandlungen mit der römisch-katholischen Kirche habe er es mit einer einzigen Institution zu tun, er wolle bei der evangelischen Kirche in derselben Lage sein.

Die Kirchen dürften sich nicht in die Politik einmischen, in religiösen Dingen würden sie völlige Freiheit haben.

Der Neubau der Kirche

Wehrkreispfarrer Müller oberster Kirchenleiter der Evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union.

Berlin, 8. Juli.

Der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen in Preußen, Jäger, erläßt folgende Anordnung:

1. Meine heute bei mir versammelten Bevollmächtigten aus ganz Preußen berichten übereinstimmend von dem gewaltigen Widerhall, den das Werk der Hilfe des Staates zur Selbsthilfe der Kirche im Kirchenvolke gefunden hat.

2. In Weiterführung des gemeinsamen Werkes aller zum Neubau der deutschen evangelischen Kirche willigen Kräfte übertrage ich auf den Herrn Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, im Einverständnis mit ihm das Recht der obersten Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union."

Empfang der Kirchenführer

Berlin, 8. Juli.

Entsprechend dem ihm durch den Reichskanzler übermittelten Auftrag des Reichspräsidenten empfing der Reichsinnenminister Dr. Frick die Vertreter der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates D. Hundt, Generalsuperintendent D. Karow, Geheimer und Oberkonsistorialrat D. Karnatz und Oberkonsistorialrat Henselmann.

Der Minister nahm die Darlegungen der Kirchenvertreter über ihre Beurteilung der tatsächlichen und rechtlichen Lage entgegen und gab der Erwartung Ausdruck, daß es mit Unterstützung aller Beteiligten gelingen möge, den Frieden innerhalb der evangelischen Kirche baldigst wiederherzustellen. Es ist zu hoffen, daß dieses Ziel durch weitere Verhandlungen in Kürze erreicht wird.

„Tägliche Rundschau" verboten.

Auf drei Monate.

— Berlin, 7. Juli. Die „Tägliche Rundschau" ist auf Grund der Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat auf die Dauer von drei Monaten verboten worden.

Autokosten herunter!

Verbilligung der Kraftwagenversicherungen.

Auf Veranlassung des Reichsverkehrsministeriums ist ein neuer Prämientarif für die Haftpflichtversicherung aufgestellt worden, der mit dem 1. Juli dieses Jahres in Kraft getreten ist. Danach ist als Jahresprämie jetzt zu zahlen: Für ein Kraftrad bis 200 Kubikzentimeter 30 Mark, über 200 Kubikzentimeter 45 Mark (bisher 36 und 60 Mark). Für einen mittleren Personenwagen 120 Mark (bisher 180 Mark). Auch die Sätze für die Kasko-Versicherung sind herabgesetzt worden.

Genf — London.

Von Atlanticus.

Zwei Nachrichten vom Londoner Kriegsschauplatz aus den letzten Tagen: „Eine Reihe von führenden Journalisten Amerikas die der Weltwirtschaftskonferenz beiwohnten, haben bereits zum Donnerstag auf nach Amerika fahrenden Dampfern Plätze belegt." .... „Von amtlicher amerikanischer Seite wird erklärt: Wir befinden uns mitten in einer der größten Revolutionen, die die Welt je gesehen hat. Es ist eine Revolution der Wirtschaft. Bei dem Wechsel zwischen den alten und den neuen Ideen sind drastische Maßnahmen notwendig. Einige davon müssen zu einem Widerstreit mit der Lage in Europa führen. Amerika kommt auch allein durch. Das ist die Bedeutung der Warnung Roosevelts an Europa."

Wenn Roosevelt es für gut befindet, für Amerika eine Politik der „splendid isolation" (glänzenden Absonderung) anzukündigen, so sollte man ihn ruhig lassen und abwarten, wie sich Amerika dabei befinden wird. England hat seinerzeit ein Haar in dieser Suppe gefunden, und beeilte sich, das System verbriefter und unverbriefter Ententen auszubauen, zur Einkreisung Deutschlands.

Der Anbruch einer neuen Zeit, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, ist durch nichts klarer herausgestellt, als durch den Zusammenbruch der beiden Konferenzen, der Genfer Abrüstungskonferenz und der Landoner Weltwirtschaftskonferenz. Die Betonung ihrer „Vertagung" um ein, zwei oder mehr Monate ändert absolut nichts an der Tatsache, daß alle Bemühungen um Verständigung vergebens sind, solange der Geist, der die sämtlichen bisherigen Konferenzen genau so beherrschte, wie die beiden letzten, nicht beseitigt ist, solange die verschiedenen Unterhändler sich nicht zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß mit den alten Verhandlungsmethoden nichts anderes zu erzielen ist, als die Verstärkung des schauerlichen Durcheinander.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, der Brite Henderson, begibt sich jetzt auf die Reise an die Regierungssitze der Hauptmächte, um den Versuch zur Rettung der Abrüstungskonferenz zu unternehmen; der Präsident der Weltwirtschaftskonferenz, der britische Premierminister MacDonald, gibt sich alle Mühe, der Welt den Glauben beizubringen, daß seine Konferenz noch nicht tot sei. Die Herren könnten sich ihre Mühe sparen, da ist nichts mehr zu retten. Man spricht vom „Starrkrampf", der beide Konferenzen befallen habe. Man sollte sie diesem Zustand nicht zu erwecken trachten, denn es ist wirklich an beiden nichts verloren. Die Welt wird schon nicht aus den Fugen gehen, wenn man offen die Unmöglichkeit zugeben würde, die „Solidarität der Nationen" herzustellen. Man lasse nur jeder Nation freie Hand, über die notwendigen Wirtschaftsmaßnahmen und das Maß an Sicherheit selbst zu bestimmen, die sie brauchen. Man kümmert sich sonst doch nicht viel um die Bedürfnisse der „anderen".

Da beschließt Japan, während man in Genf von Abrüstung redet, die beschleunigten Ersatzbauten für 35 ältere kleine Kreuzer; zur gleichen Zeit ordnet Präsident Roosevelt den zusätzlichen Bau von ebensoviel schnellen Kreuzern an, die an Artillerie ein stärkeres Kaliber erhalten sollen als die gleichgroßen japanischen Kreuzer besitzen, zur „Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft", versteht sich. Daß gleichzeitig Frankreich sich damit begnügt, zusätzliche Rüstungsausgaben zu bewilligen, und zwar rund 38 Millionen Frs. für das Kriegsministerium, 600 Millionen Frs. für die Luftstreitkräfte und 160 Millionen Frs. für die Marine, sei nur nebenbei erwähnt. Es hat damit die vielgerühmten „Kürzungen seiner Rüstung" ja auch nur um die Hälfte wieder beseitigt. Es ist also erwiesen, daß die hochgerüsteten Staaten es gar nicht ernst mit der Abrüstung meinen. Daraus ergibt sich für Deutschland eine Schlußfolgerung, über die man sich weiter gar nicht mehr zu unterhalten braucht. Der gegebene Zeitpunkt für die zu fassenden Entschlüsse wird schon nicht verpaßt werden, dessen darf man sicher sein.

Dringlich ist zunächst die innere Sicherung, und da glaube ich, daß man der Reichsleitung die sorgliche Beachtung der besonderen deutschen Bedürfnisse und absolute Zielklarheit bei allen ihren Maßnahmen zuerkennen muß. Damit aber wird das von allen ihren Vorgängeren in 14 Jahren gründlichst verwirtschaftete Vertrauen wieder hergestellt. Was die Amerikaner, in ihrer durch nichts gerechtfertigten Ueberheblichkeit für sich in Anspruch nehmen: „Amerika kommt auch allein durch", wird daher auch dieses Deutschland ebenso behaupten können, wie jede andere Nation, die mutig und entschlossen die eigenen Verhältnisse überprüft und Unhaltbares aufgibt. Es mag bei der einen und anderen länger oder kürzer dauern, bis die Verhältnisse zur Wandlung reif sind, auf die Dauer aber ist die Ausbreitung der — wie die Amerikaner sagen — „größten Revolution, die die Welt gesehen hat", nicht aufzuhalten.

Ohne große Umstände, ohne viel Geschrei wird sich der Wandel vollziehen. Wie bei uns wird das Ueberlebte, Unwahre, Untragbare, dem Interesse der Nation Widersprechende zusammenbrechen und ruhmlos versinken. Ebenso aber wird ohne großen Aufwand an salbungsvollen und doch so unehrlichen Konferenzreden ganz von selbst aus der Tätigkeit der bereinigten einzelnen Volkswirtschaften sich eine Zusammenarbeit der Nationen in wirtschaftlicher Hinsicht ergeben, um die man sich jetzt in London und vordem auf 27 anderen Konferenzen vergeblich bemüht hat,

Was Deutschlands Standpunkt zu dem Londoner „Starrkrampf" betrifft, so darf man auf eine halbamtliche Verlautbarung hinweisen, die betont, daß der „Zusammenbruch der Weltwirtschaftskonferenz wahrscheinlich we-

---

blicke nicht nach dem raschelnden Laub, auf das seine Füße treten, der blicke nicht nach dem raschelnden Laub, auf das seine Füße treten, der denke nicht an Vergänglichkeit und Tod, nein, er sehe, wie an jedem Zweig, dort wo sich das sinkende Blatt löst, schon wieder in einer winzigen Knospe ein kommender Frühling schlummert, und er freue sich des siegenden Lebens, auch dann noch, wenn die flammende Schönheit des Herbstes vergangen ist und die Novemberstürme durch das graue Land brausen.

Aber nun erst die Herrlichkeit des Waldes, wenn der weiße Winter kommt, wenn die Wolken ihren Schnee auf ihn schütten und in einer stillen Nacht der Rauhreif sein weiches Gespinst um Stamm und Ast und starres Gezweig legt! Wenn das Wehen des Morgens den Bergen die schweren Nebelkappen nimmt und die immer junge Sonne ihren Glanz über all die Pracht streut. Wer dann einmal nach wochenlangem Schaffen und Staubschlucken einen rechten Feiertag haben will, der wandere hinaus zu ihm. Dann mögen ihm wohl die Augen strahlen, dann mag er wohl lustatmend in die verschneite Gotteswelt hinausblikken: o Täler weit, o Höhen! Denn das ist eine Freude, wie sie das Volk der steinernen Not drunten in seinen grauen Mauern niemals findet.

Frühling, Sommer, Herbst und Winter, was wäre das deutsche Land ohne den deutschen Wald! Boersing.

Hinweis.

Wo es im Haushalt viel zu säubern gibt, da ist iMi Ihr bester Verbündeter im Kampf um die häusliche Reinheit. Beim Geschirraufwaschen genügt 1 Teelöffel iMi für eine normale Aufwaschschüssel.

Henkel's iMi zum Aufwaschen und Spülen für Geschirr und alles Hausgerät.

gen der Frage der Goldwährung erfolgt, über die sich die übrigen Mächte nicht haben einigen können und die **Deutschland am allerwenigsten bei den in London behandelten Fragen unmittelbar berührt hat.**" Die wirtschaftliche Krise der Welt, soweit sie Deutschland berühren muß, wird von der deutschen Regierung, in klarer Erkenntnis der Zusammenhänge, mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft für Deutschland bekämpft — die einzige Möglichkeit, wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen.

Die Bedeutung der Ostpakte

Annäherung Rußlands an den Westen.

In politischen Kreisen erblickt man in den Ostpakten, die in London von Vertretern Rußlands und seiner Nachbarstaaten unterzeichnet sind, den Versuch einer entschlossenen Annäherung Rußlands an den Westen oder auch die Eingliederung Rußlands in das europäische Staatensystem. Daß es den Unterzeichnern der Pakte nicht in der Hauptsache auf eine theoretische Formel über die Definition des Angreifers im Falle einer kriegerischen Verwicklung ankommt, ist unbestreitbar und wird auch noch durch den Besuch unterstrichen, den der russische Volkskommissar Litwinow in Paris abgestattet hat. Gleichzeitig hört man, daß Litwinow auch den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini aufsuchen will.

Der politische Sinn des aus drei Kategorien bestehenden Londoner Vertragswerkes ist, was die Verträge Rußlands mit seinen unmittelbaren Nachbarn betrifft, die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen.

Die eigentlichen Randstaatenverträge erscheinen als Verwirklichung eines der Hauptziele Polens, das sich als die gegebene Vormacht dieser Staatengruppe betrachtet und nur bedauert, daß im Augenblick Finnland noch nicht beigetreten ist, wodurch die Kette vom Schwarzen bis zum Weißen Meer vollständig würde. Der mehrseitige Vertrag zwischen Rußland und fernerliegenden Staaten ist ein Gebilde, das sowohl dem Völkerbund wie dem Viermächtepakt in mancher Hinsicht ähnelt und zu ihnen gegebenenfalls in Konkurrenz treten kann.

Noch gehen in den einzelnen Ländern die Meinungen darüber auseinander, ob Rußland mit dieser Schöpfung, die ein Ergebnis der Abrüstungskonferenz vorwegnimmt, den Völkerbund matt setzen oder ob es im Gegenteil seinen Eintritt in die Genfer Institution vorbereiten will. Auf alle Fälle werden die Londoner Ostpakte als ein Schachzug gegen den Viermächtepakt, der in Moskau besondere Nervosität erregt hat, aufzufassen sein.

Alle diese durcheinandergehenden Strömungen erfordern auch vom deutschen Standpunkt aus aufmerksame Beachtung, weil sie zeigen, daß das Versailler System, das 14 Jahre lang die Zusammensetzung der politischen Gruppen in Europa bestimmt hat, von Grund auf erschüttert ist und neue politische Gedanken zur Verwirklichung drängen.

121 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 8. Juli.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 17. bis 30. Juni 1933 hat die seit Mitte Februar anhaltende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt auch in der zweiten Junihälfte weitere Fortschritte gemacht. Von Mitte bis Ende Juni ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen erneut um 121 000 auf 4 856 000 gesunken. Zu berücksichtigen mitgezählt werden, die im Arbeitsdienst, bei der Hilfspolizei und bei Pflichtarbeitern tätig, somit im eigentlichen Sinne nicht arbeitslos sind, sich aber weiter beim Arbeitsamt um einen ständigen Arbeitsplatz bemühen.

Die Besserungserscheinungen, die sich in sämtlichen Arbeitsamtsbezirken deutlich zeigen und zweifellos über das saisonübliche Ausmaß hinausgehen, sind nicht nur bedingt durch die Vergebung öffentlicher Aufträge und beeinflußt durch steuerliche Maßnahmen, sondern auch gefördert durch wachsende Vertrauen der Industrie in die politische und wirtschaftliche Entwicklung. Während im Juni des Vorjahres die Minderung der Arbeitslosigkeit in den überwiegend industriellen Bezirken nur rund 0,1 bis 2,7 v. H. betrug, hat sie sich im Juni d. Js. fast überall verdoppelt (1,7 bis 5,7 v. H.).

In der zweiten Junihälfte nahm die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 19 000 auf 416 000, in der Krisenfürsorge um 15 000 auf 1 310 000 ab. Auch die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen hat sich im Laufe des Juni um 119 000 auf 2 042 000 vermindert.

Eine merkliche Entlastung erfuhr im Zusammenhang mit den Regierungsmaßnahmen trotz der Reisezeit auch der Arbeitsmarkt der Hausgehilfinnen in fast allen Bezirken.

Die neuen Parlamente

Berlin, 8. Juli.

Nach Ausschluß der SPD.-Abgeordneten als Vertreter einer staats- und volksfeindlichen Partei aus den Volksvertretungen und den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern war noch über deren Sitze Bestimmung zu treffen. Dies ist geschehen in einer Verordnung zur Sicherung der Staatsführung, die der Reichsminister des Innern auf Grund der Ermächtigung im Gleichschaltungsgesetz erlassen hat.

Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei für den Reichstag und die Landtage (Bürgerschaften) auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 oder des Ergebnisses des Gleichschaltungsverfahrens ist unwirksam. Eine Ersatzzuteilung findet nicht statt. Von dieser Einziehung werden alle Sitze betroffen, die auf örtliche oder zentrale Wahlvorschläge der SPD. zugeteilt worden sind. Dabei macht es keinen Unterschied, ob ein Bewerber Mitglied der SPD. war oder nicht. Für den Reichstag fallen also 120 Sitze der SPD. und fünf Sitze der Staatspartei weg. Diese Sitze werden nicht wieder besetzt.

Desgleichen wird die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der SPD. für die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, also die Kreistage, die Bezirkstage, Bezirksräte, Stadträte, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäte usw. für unwirksam erklärt. Bei diesen gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern können zur Aufrechterhaltung der gemeindlichen Selbstverwaltung die Sitze neu besetzt werden. Die Besetzung geschieht in der Weise, daß die Ersatzmänner von der Staatsaufsichtsbehörde entsprechend dem Volkswillen nach Ueberwindung des Parteienstaates berufen werden.

Das Verfahren der Berufung durch die Staatsaufsichtsbehörde kann ferner in anderen Fällen Platz greifen, wo ein Bedürfnis besteht, die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper entweder vollkommen neu zu bilden oder einzelne Ersatzmänner eintreten zu lassen. Eine vollkommene Neubildung kann vor allem bei Umgemeindungen in Frage kommen.

Schließlich sind zahlreiche staatliche und gemeindliche Ehrenämter bei Verwaltungsgerichten, Beschlußbehörden und Ausschüssen auf Grund von Wahlvorschlägen der Parteien besetzt worden. In allen diesen Fällen ist die Zuteilung von Ehrenämtern an SPD.-Vertreter unwirksam. Eine Ersatzberufung findet dann statt, wenn zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung oder der gemeindlichen Selbstverwaltung ein Bedürfnis besteht, die Ausschüsse und Beschlußbehörden zu ergänzen. Auch in diesen Fällen werden die Ersatzmänner von der Staatsaufsichtsbehörde entsprechend dem Volkswillen nach Ueberwindung des Parteienstaates durch Berufung neu besetzt.

Zollunion Wien—Budapest?

Erklärung des österreichischen Sektionschefs Schüller.

Budapest, 8. Juli.

„Az Est" berichtet, der österreichische Delegierte auf der Wirtschaftskonferenz in London, Sektionschef Schüller, habe im Namen seiner Regierung die Erklärung abgegeben, in der es heiße, nach Auffassung der österreichischen Bundesregierung erscheine die Schaffung einer österreichisch-ungarischen Zollunion zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten am geeignetsten. Solange die bestehenden Schwierigkeiten sich noch nicht vollständig beheben ließen, halte die österreichische Regierung die weitgehende Vertiefung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen für unbedingt erforderlich.

Wie das Blatt weiter mitteilt, ist diese wichtige Erklärung des österreichischen Delegierten sogleich der ungarischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden. An wohlinformierter ungarischer Stelle begrüßt man jede Art solcher Initiative mit freudiger Sympathie.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Heute, Samstag, erklingen vom Balkon des Rathauses, ausgeführt von der Bethel-Posaunen-Mission, folgende Weisen:

Herr Jesu Christ, dich zu uns wend'; Melodie Gotha 1651.
Jauchzt alle Lande, Gott zu Ehren; Melodie Genf 1551.
Lobet den Herrn, alle, die Ihn ehren; Mel. u. Satz Joh. Krüger 1653.
Herr, nun selbst den Wagen halt'; Melodie und Text Zwingli 1529
Nun danket all' und bringet Ehr'; Mel. Joh. Krüger 1653.
Die beste Zeit im Jahr ist mein; Melodie und Satz: Arn. Mendelsohn.

Kirchliche Nachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 9. Juli 1933: 10 Uhr vorm. Festgottesdienst, Pastor Hopmann.

Bethel.

25-jähriges Dienstjubiläum

— Am 6. ds. Mts. konnte Herr Obermonteur Paul Mönkemöller auf eine 25jährige Dienstzeit in unserem Elektrizitätswerk zurückblicken. Vielen unserer kranken und gesunden Einwohner ist Herr Mönkemöller bekannt und wird von ihnen wegen seiner freundlichen und jederzeit hilfsbereiten Art geschätzt. Wir gratulieren Herrn Mönkemöller zu seinem Silberjubiläum und wünschen ihm noch manches Jahr fröhlichen Schaffens im Dienste unserer Anstaltsgemeinde.

— Am kommenden Sonntag wird in allen drei Gottesdiensten über Matth. 8, 14—17 gepredigt werden.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**

Sonntag nachmittag: 2 Uhr Wanderung. Treffpunkt am Heim. — Abends Vereinsstunde.

Montag abend: Turnen.

— Himbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren abzugeben. **Bohwinkel**, Bethelweg 42.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: D. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang meines geliebten Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

Marie Eggert,
geb. Kronshage

Eckardtsheim, den 7. Juli 1933.

Möbel aller Art
gut und preiswert vom
Möbelhaus Heinz Klare
Bielefeld / Nur Oberntorwall 3b (gegenüber dem Kriegerdenkmal)
Erleichterte Zahlungsbedingungen!

Brunings-Brillen — A B C — — —
Cristall hell bietet sich die Welt,
durch **Brunings-Brille** klargestellt
Brillen-Bruning
der Fach-Optiker in **Bielefeld**
an der Bahnhofstraße



Nichts widersteht IMI's reinigender Kraft. Ankrustungen, und seien sie noch so dick und hart, schwinden im heißen IMI-Wasser im Nu. Und wieviel freie Zeit es Ihnen schenkt, wie es Ihre Gesundheit schont und sparen hilft! Nur 20 Pfennig kostet ein Paket, das lange reicht, wenn Sie das bewährte Spar-Rezept befolgen: Einen Eßlöffel voll auf einen Eimer heißes Wasser.

Wo Reinheit lacht — hat IMI Pate gestanden

zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät!

Hergestellt in den Persilwerken.

Luftkurort Emdenau, Bad Wildungen Land
Christliches Erholungsheim, Waldecker Schweiz
Pension von RM 3.— an. — Luft-Sonnenbad, Liegehalle, Bäder, Wildg. Trinkkur. Illustr. Prospekt bei Angabe dieser Zeitung frei.

Edel-Bienen-Honig 9 oder 4,5 Pfd. netto Mk. 5,50 resp. 3,15 vorw. Klee-Lindenhl Mk. 10,50 und 6,10 franko. Nachn. 30 Pfg. Garantie Rückn. Honig-Krieger, Soest-Land. 2a

Sommeraufenthalt
in Thüringer Pfarrhaus geg. Unterstützung im Pfarrbüro bietet
Pfarrer Krüger, Langenwetzendorf bei Greiz.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

Staatl. gepr. Krankenschwester mit Praxis in Krankenpflege und kirchliche Gemeidearbeit sucht **Stellg. als Gemeindeschwester** in Stadt oder Land. Angebote unt. A 3430 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Landerholung
bietet ruh., kl. Privat-Pension in schöner, waldreich. Gebirgsgegend (Westerwald). Best. reichl. Verpfl. Bad i. H. Zimmer m. voll. Pension (4 Mhlz.) 2.70 Mk. pro Tag, keine Nebenkosten, 75.— Mk. monatlich. Näheres unter A 3431 durch die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Augenoptik
Werkstatt
für Neuanfertigung und Reparatur
Bader
Optiker
Fernruf 1012
Bielefeld, Gütersloher-Straße 14